Standesangelegenheiten.

Der Ausbau des Leipziger Verbandes.

Von S. Alexander in Berlin.

Zwanzig Jahre sind verflossen, seit der verdienstvolle Vorsitzende des „Leipziger Verbandes“ in einem offenen Briefe und mit eindringlichen Worten die deutschen Aerzte zur Sammlung und Organisation behufs Verteidigung ihrer wirtschaftlichen Interessen aufrief. Ein Funke, der in ein Pulverfaß fiel! Unerträglich waren die Zustände geworden, die durch die Uebermacht der Krankenkassen gegenüber den mangelhaft organisierten Aerzten hervorgerufen wurden. Nicht nur die wirtschaftliche Not, sondern ganz besonders die Demütigung vor einem durch nichts berechtigten Machtdünkel hatte ein Gefühl herber Bitterkeit, aber auch trostloser Gleichgültigkeit in den Reihen der Betroffenen erzeugt. Die bestehenden Organisationen des Standes, die Aerztekammern und der Deutsche Aerztevereinsbund, erwiesen sich zu einem aktiven Vorgehen gegen die Krankenkassen unfähig, weil sie der persönlichen Gefolgschaft ihrer Berufsgenossen ermangelten. Sie erschöpften ihre Kraft in fruchtlosen Demonstrationen und unberücksichtigten Eingaben an die Behörden und Parlamente. Der Funke also zündete, aber er zündete vornehmlich bei den Kassenärzten und denen, die es werden wollten, weniger bei den gereiften beati possidentes und am wenigsten bei den ärztlichen Organisationen und Verbänden. Bei den letzteren, weil man einen Eingriff in bestehende, historisch gewordene Rechte befürchtete — und zu ihnen zählte insbesondere der Deutsche Aerztevereinsbund —, bei ersteren, weil der Gründer das Schlagwort der „Streikkasse“ ins Gefecht führte und ein ärztlicher Streik geradezu als standeswidrig galt. Wir bekennen offen, daß auch wir dem Unternehmen skeptisch gegenüber standen und an der Möglichkeit des Gelingens zweifelten. Kollege Hartmann jedoch und eine kleine Schar Leipziger Anhänger ließen sich hierdurch nicht beirren, sie gründeten kurzerhand den Verband, machten Satzungen und ließen das Kind reiten. Und es ritt über uns alle hinweg. Während Hartmann die Beteiligung der deutschen Aerzte auf ein Drittel einschätzte, beträgt jetzt die Zahl der Mitglieder $\frac{5}{8}$ der Gesamtheit deutscher Aerzte. Der Widerstand der Organisationen wurde gebrochen, und seit geraumer Zeit bildet der Leipziger Verband die wirtschaftliche Abteilung des Deutschen Aerztevereinsbundes.

Aus dieser kurzen Uebersicht ist verständlich, daß die ursprünglichen Satzungen des Verbandes nur ein mageres Gerüst darstellten, das zu füllen mühevoll Aufgabe einer Reihe von Jahren war. Schon von vornherein jedoch war man darauf bedacht, die Verwaltung so einzurichten, daß eine gewisse Dezentralisation in die Erscheinung trat. Dem Vorstand, der nur aus Leipziger Kollegen bestand, sollten beratend örtliche Vereinigungen mit ihren Ob- und Vertrauensmännern und beschließend die Hauptversammlung aller Mitglieder des Verbandes zur Seite stehen. Dem Aerztevereinsbunde wurde eine Beteiligung in Form eines stimmberechtigten Vertreters im Vorstande eingeräumt. Allmählich dehnte sich der Kreis der Verwaltungsorgane aus. Es wurden außer den örtlichen Vereinigungen größere Bezirke, Gaue, Provinzen und Länder umgreifende Vereinigungen gebildet mit Sekretären, die zum Teil im Ehrenamte, zum Teil aber auch schon hauptamtlich tätig waren. Ein Beirat aus diesen Organisationen wurde dem Vorstande zur Seite gestellt. Alle diese Einrichtungen wurden jedoch nur im Verwaltungswege geschaffen, die oberste und allein ausschlaggebende Gewalt ruhte in der Hand des nur aus Leipzigern bestehenden Vorstandes, die Hauptversammlung hatte im wesentlichen das Wahlrecht für den Vorstand, der Aufsichtsrat eine Kontrolle der Geschäftsführung ohne exekutive Befugnisse. Als nun die Macht des Verbandes wuchs und er seitens des Kassenverbandes und der Behörden des Deutschen Reiches als maßgebende wirtschaftliche Vertretung der deutschen Aerzte anerkannt wurde, als „Gewerkschaft“, welcher das Recht zustand, bindende Vereinbarungen über kassenärztliche Verträge zu schließen, zeigte es sich, daß die Fühlung, die die Leitung mit den örtlichen Vereinigungen verbinden sollte, nicht innig genug war, um die Eigentümlichkeiten der größeren Verbände bei den Verhandlungen genügend zu wahren. Es trat immer mehr hervor, daß weder der Beirat noch die Vertrauensmänner imstande waren, ihre Aufgaben zu erfüllen, weil sie, von der Last ihres Berufes erdrückt, sich den Pflichten der kassenärztlichen Beaufsichtigung nicht ausreichend widmen und demgemäß den Vorstand nicht genügend beraten konnten, daß aber auch der Vorstand vermöge seiner einseitigen Zusammensetzung die Eigenart der Länder und Provinzen nicht ausreichend zu berücksichtigen vermochte. Der im großen und ganzen noch immer unverändert bestehende Zentralisation waren eben die Ergebnisse der Gegenwart über den Kopf gewachsen. Man verlangte eine durch die Satzung verbürgte Teilnahme der Unterorgane an der Verwaltung, also eine wirksame Dezentralisation. Diesem in den Hauptversammlungen immer lauter erschallenden Rufe konnte sich die Leitung auf die Dauer nicht verschließen. Zwar wurde im Jahre 1917 eine Satzungsänderung vorgenommen, in der die Vertrauens- und Obmänner in die Verwaltungsorgane eingereiht wurden und welche die Bestimmung enthielt, daß die Hauptgeschäftsführer vollbesoldete Beamte des Verbandes sein müssen, aber im großen und ganzen blieb alles beim alten, die Machtbefugnisse des Vorstandes blieben ungeschmälert. Erst der vorliegende Entwurf, der im Dezember dieses Jahres der Hauptversammlung zur

Beschlußfassung unterbreitet werden soll, bricht mit der Vergangenheit und enthält auch sonst einschneidende Veränderungen.

Zu letzteren zählt, um das vorwegzunehmen, der § 2, der von dem Zwecke des Verbandes handelt. Während die bisherige Satzung als Zweck bezeichnete, die deutschen Aerzte zur Besserung ihrer wirtschaftlichen Lage zusammenzuschließen, ist nach dem Entwurf Zweck des Verbandes die Wahrung der wirtschaftlichen und beruflichen Interessen der Aerzte. Dieser Zusatz ist äußerst bedenklich, denn er erweitert den Zweck so stark über die bisherigen Grenzen, daß es über kurz oder lang zu Konflikten mit den eigentlichen Standesorganisationen kommen muß. Beruflich sind zwar alle Interessen des Standes, aber man ist doch gewohnt, die wirtschaftlichen von den anderen Standesinteressen streng zu sondern. Diese finden ihre Vertretung unbestritten in dem Deutschen Aerztevereinsbunde, der die Zusammenfassung aller Standesvereine darstellt, und den Aerztekammern der deutschen Länder als staatliche Organe. Es liegt demnach kein Grund vor, ihnen eine neue Vertretung an die Seite zu stellen. Die Arbeitsteilung hat sich durchaus bewährt, und insbesondere hat gerade die Beschränkung auf die rein wirtschaftlichen Interessen mit ihren nicht immer zarten und urbanen Methoden dem Leipziger Verbands die impulsive Stoßkraft verliehen, deren er bedarf. Sie geht verloren, wenn die Erwägung beruflicher Probleme, die mehr oder weniger von Gedankensblässe angekränkt ist, zu seiner Aufgabe wird. Wo soll auch die Grenze sein zwischen den Aufgaben des Aerztebundes und seiner wirtschaftlichen Abteilung, wenn ihre Zwecke unmittelbar ineinanderfließen?

Der Entwurf enthält in § 7 die Gruppengliederung, die schon bisher im Verwaltungswege versucht worden ist. Durch ihre Festlegung in der Satzung wird sie Gesetz und hoffentlich strenger durchgeführt werden als bisher. Es wird allerdings Sache der Leitung sein, die Durchführung dauernd zu überwachen, die Macht hierzu würde sie laut Satzung besitzen.

§ 8 enthält den neuen Aufbau der Verwaltung: Vorstand, Geschäftsführender Ausschuß, Beirat, Hauptversammlung. Die Leitung hat der Vorstand, der aus 12 Personen besteht, von denen 4 aus Leipzig, 8 aus dem übrigen Deutschland gewählt werden. Damit ist die Beteiligung auch der nicht Leipziger Mitglieder an der Leitung gewährleistet. Um die Schnelligkeit der Beschlußfassung in dringenden Fällen nicht zu gefährden, ruht die Geschäftsführung (Geschäftsführender Ausschuß) in den Händen der Leipziger. Das ist notwendig; warum aber die 4 Leipziger Herren sich durch Zuwahl 6 anderer Leipziger Herren, ohne daß sie zum Vorstände gehören, also ohne Wahl durch die Hauptversammlung ergänzen müssen, ist unerfindlich und widerspricht den parlamentarischen Gepflogenheiten.

Den Beirat bilden die Vertreter der örtlichen Organisationen.

Neu ist die Bestimmung, daß nach § 11 die Beschlüsse des Beirats für den Vorstand bindend sein sollen. Das ist nicht nur neu, sondern ein Novum. Man nimmt für gewöhnlich an, daß ein „Beirat“ ein nur begutachtendes Organ ist, hier soll er offenbar die Hauptversammlung vertreten. Damit entfällt aber die volle Verantwortlichkeit des Vorstandes, der allein als Mandatar der Mitgliederversammlung gelten und, von ihrem Vertrauen getragen, die Exekutivgewalt ausüben sollte. Wenn auch dem Vorstände gegen die Beschlüsse des Beirats Berufung an die Hauptversammlung zusteht, so könnte diese Teilung der Gewalten immerhin zu Mißhelligkeiten führen. Die Hauptversammlung wähle einen Vorstand, zu dem sie volles Vertrauen hat, und gebe ihm allein die Macht der Durchführung ihrer Beschlüsse.

Das sind die wesentlichen Vorschläge für die Satzungsänderungen. Wir vermissen in ihnen einen wichtigen Punkt. Der Leipziger Verband hat durch seine Einrichtungen zur Linderung der Not der Kollegen einen dominierenden Einfluß im Unterstützungswesen gewonnen. Von allen Seiten fließen ihm reichliche Mittel zu treuen Händen zu. Sollte es da nicht angebracht sein, wenigstens in großen Zügen die Art der Verwaltung und die Grundsätze der Verteilung so reichlicher Mittel in der Satzung festzulegen? Es gibt wohl kaum eine größere Unterstützungskasse eines Berufsstandes, die nicht durch Richtlinien gebunden ist. Es wäre an der Zeit, diese Gepflogenheit auch auf den Leipziger Verband zu übertragen.

Hoffen wir, daß der Verband in seinem neuen Gewande sein unverrückbares Ziel, die wirtschaftliche Wohlfahrt des deutschen Aerztestandes, auch ferner kraftvoll verfolgen und erreichen wird. Hierzu sind gute Satzungen wertvoll, wertvoller aber noch ist die treibende Kraft, denn sie verbürgt den Sieg.